

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelheft 15 Pf., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk., halbjährlich 27,00 Mk., jährlich 54,00 Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die schlagfertige Sonntagsbeilage ... Anzeigenpreis: Die schlagfertige Sonntagsbeilage ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 30. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die „Treue“ der Alliierten.

Die Eisenbahnwerkstätten.

Die Eisenbahnerdebatte in der preussischen Landesversammlung am Donnerstag — der Parlamentsbericht ist an der Spitze der Beilage zu finden — hat den Verlauf genommen, wie vorauszusehen war. Während der Rede des Eisenbahnministers Deser stand auf der obersten Treppentstufe zur Rednertribüne der Unabhängige Paul Hoffmann, und suchte mit leiser Stimme seine Agitationsphrasen los zu werden. Seine Zwischenrufe waren natürlich nicht für das Plenum der Landesversammlung bestimmt, sondern für diesen und jenen Freund auf der Tribüne. Nach draußen sollte der Eindruck erweckt werden, daß in der ganzen Landesversammlung nur das Brüderpaar Hoffmann und Genossen die wirklichen Freunde der Eisenbahner sind.

In Wahrheit zeigte schon die Aussprache, in welcher fanatischen Verantwortungslosigkeit die Eisenbahner von den Unabhängigen verhöhnt wurden, um das politische Ziel der Linksradikalen zu erreichen, durch den Verfahrstreik dem Wirtschaftslieben den letzten Rest zu geben. Die verbrecherische Mäße wird umsonst sein. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß in den Eisenbahnerkreisen die richtige Bestimmung wieder die Oberhand gewinnt, und daß auch dieser Streik den von den Urhebern erwünschten Erfolg nicht haben wird. Es entsteht nur die Frage, was geschehen kann und was geschehen muß, um die Produktion in den Eisenbahnwerkstätten zu heben, und den Eisenbahnbetrieb wieder so weit flott zu machen, daß der Zirkulationsprozeß unseres Wirtschaftslebens funktionieren kann.

Die Eisenbahnwerkstätten, die geschlossen wurden, werden wieder geöffnet. Das ist selbstverständlich. Wir können uns den Luxus nicht leisten, die Produktion auch nur einen Tag länger wie notwendig brach liegen zu lassen. Wie notwendig wie eine Instandsetzung der Maschinen und Waggonen gebrauchen, hat der Minister Deser in seiner Rede nachgewiesen.

Ebenso klar ist es, daß die Betriebe nur unter dem Gesichtspunkt wieder aufgemacht werden können, eine ertragreichere Wirtschaft möglich zu machen, wie sie in den letzten Wochen und Monaten geherrscht hat. Mit den besten Betriebsbedingungen und unter vernünftiger Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter muß gewirkt werden. Wir können uns bei unserer Finanzlage nicht Eisenbahnwerkstätten leisten, die dauernd und in steigendem Maße im Reich der Zukunftsphantasie stehen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Landesversammlung wird dafür eintreten, daß die Wiedereinstellung der Eisenbahnarbeiter nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen im gewerkschaftlichen Sinne zu erfolgen hat. Selbstverständlich dürfen keine politischen und gewerkschaftlichen Maßregelungen erfolgen.

Das preussische Eisenbahnministerium hat eine Rentabilitätsberechnung ihrer sämtlichen Werkstätten vorgelegt und an der Hand der Produktionsergebnisse von sämtlichen Abteilungen feststellen lassen, in welchem Umfang in der letzten Zeit eine Ueberbeschäftigung erfolgt ist. Die Prozentzahlen sind verblüffend: sie schwanken in den einzelnen Abteilungen zwischen 10 und 40; das heißt, von 100 Arbeitern sind 10 bis 40 Arbeiter im Betrieb überflüssig. Die Eisenbahnbehörden haben die Verantwortung dafür zu tragen, daß bei der um diese Höhe reduzierten Beschäftigungsziffer die Leistungsfähigkeit nicht zurückgehen darf.

Welche Arbeitskräfte sind bei der Wiedereinstellung zu berücksichtigen? Zunächst sei noch einmal betont, daß jede politische und gewerkschaftliche Maßregelung zu unterbleiben hat. Die gelernten Arbeiter und die Spezialarbeiter sind am notwendigsten. Dann kommen als sozialen Gründen die Familienväter heran. Weiter wird die Einstellungszeit zu berücksichtigen sein. Der vor dem Kriege schon in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigt war, wer also sozial auf diese Arbeit angewiesen ist, hat ebenfalls Anspruch auf Wiedereinstellung. Diejenigen Arbeitskräfte, die Nebeneinkünfte und Nebenberufe haben — (besonders solche, die an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligt sind) — können nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Einstellung dieser Grundsätze wird das Werk der Wiedereinstellung in vernünftiger Weise durchgeführt werden können.

Eine zweite wichtige Frage ist die Einführung der Akkordarbeit. Es ist mit den Unabhängigen nicht ernsthaft darüber zu diskutieren, weil sie diese Frage nur politisch und agitatorisch behandeln. Auch in den Eisenbahnwerkstätten ist die Akkordarbeit möglich. Die Organisationsleiter

Auslieferung Koltshals an die Bolschewisten

Laut „Telegraph“ meldet „Times“ aus Charkin, es habe fest steht, daß das Haupt der kaukasischen Militärdivision, General Janin, die Genehmigung zur Auslieferung Koltshals an die Bolschewisten erteilt hat. Diese Meldung hat unter den gebildeten Kreisen im ganzen Osten großes Aufsehen erregt. Ein russischer General hat Janin zum Weisheitskampf herausgefordert. Die Tschechen erklärten, daß Koltshal ausgeliefert werden müsse, da man wählen müßte zwischen der Auslieferung eines Mannes und einem Kampfe, wobei die tschechischen Truppen Gefahr liefen, vollständig vernichtet zu werden. Der japanische Militärminister hat die Tschechen ersucht, Koltshal an Japan anzuliefern.

Vormarsch der Roten Armee gegen Polen.

Aus Peking wird gemeldet: Die Rote Armee ist in un-aushaltbarem Vormarsch gegen Galizien. Die polnische Front bei Kamienec-Podolski wurde in einer Breite von achtzig Kilometern von den Bolschewiken durchbrochen, die schwachen polnischen Nachhut werden verfolgt. Die Lage der Polen in Ostgalizien ist sehr ernst. Auch an den anderen Fronten sehen die Bolschewiken ihrer Vormarsch fort. In Warschau wird die Situation sehr ernst beurteilt. Fortwährend finden Verhandlungen mit den Vertretern der Entente statt. Ohne sofortige und ausreichende Unterstützung durch die Entente dürfte Polen kaum dem Druck der Bolschewiken standhalten. Demgegenüber steht eine Ausrufung des französischen Generals Serrail, daß die Polen die bolschewistische Gefahr aufzuheben, um von der Entente unerschöpfliche Hilfe an Kriegsmitteln zu erhalten.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Warschauer Sozialisten haben eine energische Kampagne zugunsten des Friedens mit Rußland aufgenommen. Der Führer der sozialistischen Partei, Daszynski, erschien in dieser Angelegenheit beim Staatspräsidenten Pilsudski. Der Warschauer Arbeiterrat hielt eine Massenversammlung ab, in der sofortiger Friedensschluß mit Rußland gefordert wurde.

Transport der ungarischen Kommunisten nach Rußland.

Aus Wien wird gemeldet: In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß in der Angelegenheit der in Karlsfeld verhafteten ungarischen Bolschewiken beschloffen wurde, dieselben an die russische Grenze zu befördern. Staatssekretär des Innern Eibersich wird in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung diesbezügliche Erklärungen als Antwort auf eine Interpellation der Großdeutschen abgeben.

der Eisenbahnerverbände werden in der Aufklärung ihren Mitgliedern gegenüber nicht nachlassen dürfen.

Wohl ist der Widerstand der Eisenbahnarbeiter gegen das Akkordsystem verständlich und berechtigt gewesen. Unter dem früheren Betriebssystem war die Durchführung der Akkordarbeit einfach nicht möglich, weil es an dem notwendigen Werkzeug, Werkzeugmaschinen und Material fehlte und weil die ganze Betriebsorganisation derartig zurückgefallen war, daß eine reguläre Fertigstellung eines Arbeitsauftrages nicht durchführbar werden konnte.

Diese Sünden des Systems Weitenbach sollen nun durch eine umfangreiche Reorganisation der Eisenbahnbetriebe auf der Welt geschaft werden. Die Denkschrift, die uns darüber vom Eisenbahnministerium zugegangen ist, scheint uns eine geeignete Grundlage solcher Reorganisationsarbeit zu bieten. Die Eisenbahnerorganisationen, die Vertreter der Eisenbahnarbeiter und Angestellten kommen dabei allerdings in eine recht heisse Situation. Sie werden nacheinander zur Begutachtung der Reorganisationsvor schläge herangezogen und haben sich mit diesen Dingen rein sachlich auseinander zu setzen. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkte können sie sich solchen Notwendigkeiten nicht entgegenstellen, die aus dem Krang der ertragreichen Wirtschaft auch hier gegeben sind. Die Voraussetzung für die Durchführung der Akkordarbeiten werden in den einzelnen Fällen geprüft, und da das Betriebskräftegesetz jetzt heraus ist, entstehen auch hier für die Schnellisten zu wählenden Betriebsräte die ersten wichtigen Funktionen: Als Lohn- und Akkordkommissionen haben die Betriebsräte die Akkordläufe mit zu bestimmen, die Arbeitsleistungen mit zu kalkulieren. Die so lang umkämpfte Forderung um Mitbestimmung der Arbeiter am Arbeitsertrag würde damit erfüllt und deshalb bleibt kein anderer Weg übrig, als auch hier die gebotene Geduld im Interesse der Arbeiter anzunehmen.

Es wird nun an den Eisenbahnarbeitern selbst liegen, ob sie sich zu politischen Werkzeugen mißbrauchen lassen, oder den Weg zur wirklich praktischen Arbeit zum Segen der Allgemeinheit und im Interesse ihres eigenen Berufes gehen wollen.

Aber es wäre unrecht, wollte man die Verantwortung für den Wiederaufbau der Eisenbahnwerkstätten nur den Arbeitern und Angestellten allein zuschieben, ein sehr energisches Wort muß auch an die andere Seite, an die Amtskräfte und Betriebsleitungen gerichtet werden. Im preussischen Eisenbahnministerium geht es nicht viel besser zu wie in den anderen Regierungsabteilungen: Was von oben die verantwortlichen Minister durchzuführen suchen, wird von den nachgeordneten Stellen, den Geheimräten und oberen Beamten, durch offene oder geheime Sabotage zu durchkreuzen versucht. Nicht alle Eisenbahnbetriebe hätten geschlossen werden brauchen. In diesem und jenem Fall haben Amtsvorstände die Kunst der schlechten Menschenbehandlung ausgiebt. Deshalb den eisernen Felsen nicht vergessen, Herr Minister Deser, und auch hier scharf durchgegriffen! Auch oben ist der Betrieb zu reorganisieren, damit endlich die letzten Widerstände beseitigt und aus unseren Eisenbahnwerkstätten für den Staat und die Allgemeinheit wirklich brauchbare Betriebe werden können. Richardt Woldt.

Die Zeitungsverbote.

Nachdem die Verleger und die Buchdrucker aus den Zeitungsbetrieben in den letzten Tagen Ansprachen über die Praxis der Zeitungsverbote mit dem Herrn Reichsanwalt gehalten hatten, empfing der Reichsanwalt den Ausschuß der Berliner Presskonferenz und den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg im Reichsverband der Deutschen Presse, die ihm die Bedenken der Journalisten gegen die bisherige Praxis vorzulegen. Die Ansprache kam entsprechend den schon gegebenen Zusagen der Reichsregierung zu dem Ergebnis, daß in Zukunft die Zeitungsverbote beseitigt und begründet erwidert sollten und daß als Beweismittel ein Ausschuß des Reichsrats mit der endgültigen Entscheidung betraut werde. Reichsjustizminister Schiffer, der ebenfalls der Besprechung beiwohnte, gab eine Darstellung der Bedenken, die sich gegen einen Ausschuß der Nationalversammlung als Berufungsinstitution aus verfassungsmäßigen Gründen ergeben.

Südekum über die Abfindung.

Der preussische Finanzminister erklärte einem Vertreter der P. N. zu der Abfindungsvorlage:

„Es handelt sich weder um ein „Geschenk“ noch um eine „Abfindung“, sondern lediglich um eine privatrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Staat und dem ehemaligen Könighaus. Der Besitz des Staates löst sich von dem des Könighauses schwer auseinanderhalten. Regierend war Artikel 153 der Reichsverfassung, der das Eigentum garantiert. Auch die Mitglieder der Familie Hohenzollern aus preussische Staatsbürger und nur unter dieses Recht beanspruchen. Politische bzw. moralische Erwägungen trafen dabei ausser Acht. Die Frage, ob das frühere Könighaus durch seinen Schuldanteil an der Entlassung des Krongesetz und am Untergang des deutschen Volkes nicht eine andere Behandlung verdienen, konnte von der preussischen Regierung aus diesen verfassungsmäßigen Gründen nicht erwohnen werden, andernfalls hätte sie sich eines Verfassungsbrechens schuldig gemacht. Eine Enteignung des Hohenzollernhauses konnte nur durch ein Reichsgesetz erfolgen, wie es Artikel 153 bestimmt. Auch dann müßte der preussische Staat seine Interessen gegenüber dem Reiche wahren. Der Vertrag selbst ist von allen, die ihn kennen und die ihn unter dem realistischen, d. h. dem allein möglichen Gesichtspunkte geprüft haben, als für den Staat sehr günstig anerkannt worden. Wir müssen uns praktisch nach dem einen Grundsatz richten: Was könnte das frühere Könighaus durch eine Klage mit ziemlicher Bestimmtheit erlangen? Und so ist der vorliegende Vertragentwurf zustande gekommen, der für den Staat vorteilhaft ist, wenn er auch, wie jeder Vertrag, in einzelnen Punkten Kompromisse an die Gegenseite enthält, deren Wertung aber nur möglich ist, wenn man den ganzen Entwurf genau kennt. Es handelt sich um das Vermögen von vierzehn Familien mit etwa fünfzig Familienangehörigen, und zwar um einen Besitz, der durch das Grundgesetz des Reiches geschützt ist. Deshalb muß man den vorliegenden Vertragentwurf als das Ergebnis von tüchtigsten Verhandlungen betrachten, in denen der Staatsregierung die Hände durch die Reichsgesetze gebunden waren.“

Artikel 153 der Reichsverfassung lautet folgendermaßen: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Rechtsgesetz

gesch etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfall die Entscheidung bei den ordentlichen Gerichten offen zu lassen, soweit Reichsgerichte nicht anderes bestimmen. Entschädigung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.

Wir erwarten von der parlamentarischen Behandlung die volle Klärung der zweifellos sehr schwierigen Frage.

## Erzbergers Befinden gebessert.

Im Befinden Erzbergers ist eine Besserung eingetreten. Am Donnerstag nachmittag hat der Direktor der Chirurgischen Klinik der Charité, Geheimrat Oltbrandt, im Beisein des behandelnden Arztes, Professor Dr. Welsch, den Verband erneuert. Wenn auch keine neue Injektion nicht eingetreten. Die Angewandte ist noch nicht entfernt worden, vielmehr soll die Operation erst erfolgen, wenn der Patient mehr geträgt ist. Das Allgemeinbefinden des Patienten hat sich gebessert. Puls unter 100, kein Fieber. Der Minister fühlte sich auch kräftiger als bisher seit seiner Verwundung.

Auf die Teilnahmsbezeugung des 10. Stenenzschusses der Nationalversammlung hat Reichsfinanzminister Erzberger ganz besondere Wertschätzung. Er hat sich in einem Schreiben dem dankbarsten Dank aussprechen für die Annahme, die Sie mir namens und im Auftrag des 10. Ausschusses zum Ausdruck zu bringen die Aufmerksamkeit gehabt haben und Sie bitten, diesen meinen Dank dem Herrn Mitgliedere des Ausschusses formell übermitteln zu wollen. Nach meiner Wiedergewinnung, die ich baldigst erwarte, wird es einer meiner ersten Schritte sein, mich nach dem Ausschusse zu begeben, damit das große Werk der Reichsfinanzreform raschstens vollendet wird. Bis dahin bitte ich den Ausschuss um Weiterbau des Vaterlandes mit derselben Liebe zu arbeiten, mit der er seiner früheren Aufgabe bisher nachgekommen ist und mir auch nach meiner Genesung die treue und wertvolle Unterstützung zu schenken, deren ich zur Verwirklichung der Reform dringend bedarf.

## Meldungsergebnisse bei den Eisenbahnwerkstätten.

Wie die „P. V. N.“ erfahren, laufen auch in Berlin die Meldungen für die Wiedereinstellung zu den neuen Bedingungen von den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten recht zahlreich ein. Es waren circa 6000 Mann in beiden geschlossenen Verhältnissen beschäftigt.

Sie jetzt haben sich zur Einstellung in den Eisenbahnwerkstätten unter den neuen Arbeitsbedingungen gemeldet: Bei der Werkstätte Berlin 1 über 2000, Berlin 2 über 800, Frankfurt 2000, Ried 950, Breslau 1193, Breslau 4 208, Schaldersberg 450, Stargard 388, Salze 550, darunter hundert Arbeiter, die bisher nicht bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Aus den anderen Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

## Die Opfer des letzten Eisenbahnunglücks.

Bei dem Eisenbahnunglück auf Bahnhof Czerni sind getötet worden: Frau Emma Dreyer (v. Berlin), 9 und ihr 10- bis 11-jähriger Sohn, ferner Karoline Wette vom Kreisregiment 6 in Brandenburg. Totes Verletzte sind: Kaufmann Lehmann, Eigentümmer der Gruer, Karlsruher Güter, Maschinenfabrik Engel, Offiziersstellvertreter Krause, Kreisregiment 6, Brandenburg. Leicht verletzt sind: Major Danilowitsch, Major Weller, Major Pilsch, Berlin, Frau Bürger und Sohn, Oberleutnant Viedtke, Königs, Schaffner Lange, Oberleutnant Klein sowie 13 Karlsruher.

## Der Kampf gegen Professor Nicolai.

Eine Aufschrift.

Studenten und nicht zur Studentenschaft gehörige Elemente haben vor vierzehn Tagen das Kollek von Prof. Nicolai an der hiesigen Universität verhindert. An sich wäre eine Bestrafung der schuldigen Studenten eine notwendige Pflicht der akademischen Behörden gewesen, aber Prof. Nicolai selber hat hiervon abgesehen, da die Studenten zweifellos entschuldigend und aus idealen Motiven heraus gehandelt hatten und nur durch eine geradezu beispiellos verlogene Propaganda verführt seien. Er verzichtete überhaupt auf den formellen, ihm ja zweifellos zuzuschreibenden Schritt durch das Rektorenkollegium und verlangte, da er ja nur eine unparteiische und gerechte Klärung wollte, eine auch auf die Sache eingehende Untersuchung durch den Senat. Gerade hier war eine objektive Klärung im Sinne der Gerechtigkeit Nicolais gewünscht, da die Mitglieder des Senats in sachlicher Beziehung den Standpunkt Nicolais nicht teilten.

Rektor und Senat verließen sich jetzt amtlich mit dieser Angelegenheit, die gerade, weil sie gründlich sein will, eine gewisse Zeit erfordert. Der Rektor hat daher die Studentenschaft und auch die Presse gebeten, während der Untersuchung jegliche Klärung zu unterlassen; eine Fortsetzung, die von der Prof. Nicolai ableisenden Presse auch scharfste Befehle nicht abzuwenden, während in der „Deutschen Zeitung“, in der „Deutschen Tageszeitung“, in der „Post“ und in ähnlichen Organen, fast täglich Artikel und Aufsätze veröffentlicht wurden, die im Gegensatz zu diesem Wunsch von Rektor und Senat Prof. Nicolai aufs heftigste angriffen und ihn mit Begehrungen wie Lump, Schuft, Verräter, Dieb, Feigling und ähnlichen bedekten.

Dieser Versuch, während eines schwebenden Verfahrens die öffentliche Meinung in dieser suggestiven Weise zu veranlassen, ist um so bedauerlicher, als die Ereignisse, die diese Zeitungen ihren Lesern täglich in der Form von Tatsachen aufzählen, vollkommen aus der Zeit gerissen sind: Prof. Nicolai hat seine deutsche Staatsangehörigkeit nie aufgegeben und ist nie russischer Untertan geworden, er ist vielmehr während des Krieges in England oder irgendwo sonst im feindlichen Ausland gewesen, hat überhaupt mit keinem feindlichen Lande in irgend einer Verbindung gestanden, denn seine dortigen Freunde wie Roman Rolland und Bernhard Shaw sind auch gleichzeitig Freunde Deutschlands; ebenso wenig hat er während des Krieges mit Stellung zusammen gearbeitet, da er während des ganzen Krieges nicht einmal dem Namen nach kannte. Es könnte ja angebracht scheinen, die betreffenden Zeitungen zu verlegen, doch ist es vielleicht auch in dieser Beziehung richtiger, die Entscheidung des Senats abzuwarten.

Es wäre traurig, wenn ein Mann wie Prof. Nicolai, von dem wohl niemand, der ihn in seinem 57-jährigen Leben kennen ge-

## Neue Finanzabkommen mit Deutschland.

Wie der Schweizerische Posttelegraph mitteilt, fanden Ende vergangener Woche in Zürich Verhandlungen zwischen Vertretern eines portugiesisch-brasilianischen Finanzkonsortiums und Vertretern Deutschlands über ein brasilianisch-deutsches Kreditabkommen statt. Das Abkommen, dessen Zustandekommen als gesichert betrachtet wird, bewirkt eine großartige Versorgung Deutschlands mit brasilianischen Rohstoffen und Lebensmitteln, für die das Finanzkonsortium Deutschland einen langfristigen Kredit gewähren wird.

„Neuzeit-Rotterdamische Courant“ hört, daß über ein Kreditabkommen entsprechend dem Vorbilde des holländisch-deutschen Kreditabkommens zwischen Schweden, Dänemark und Deutschland gegenwärtig verhandelt wird. Danach würde es sich um die Gewährung eines von Staat zu Staat gegebenen Kredites auf langjährige Dauer unter Garantie einer deutschen Treuhandgesellschaft handeln, die wahrscheinlich mit der für Holland zu bildenden verbunden sein wird.

## Exerzierplätze für die Volksernährung.

Von der Demokratischen Fraktion ist der Landesparlamentarische folgender Antrag ausgegangen: Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, beim Reichswehrministerium dahin zu wirken, daß die in Folge Verringerung anderer Heeres nur noch teilweise benutzten Exerzier-, Truppenübungs- und Schießplätze soweit als möglich verkleinert und die freizubehaltenden Teile, soweit sie nicht gemäß den Beschlüssen der Landesversammlung vom 8. Dezember 1919 für den Dienst der körperlichen Erziehung unserer Jugend gebraucht werden, unbeschadet im Interesse unserer Volksernährung für die landwirtschaftliche Benutzung freigegeben werden.

## Nationalistische Hölerei.

(Drahtbericht unserer Hamburger Korrespondenten.) Donnerstag abend wurde in Hamburg ein Vortrag Alexander Wolffs von einer nationalistischen Horde gestört. Man warf Stinkbomben und Feuerwerkskörper in den Saal, und es gab eine regelrechte Prügelei. Auf der Straße schloß sich die deutsche Kulturbrigade. Die Sicherheitswehr zerstreute die Menge. Die Ausschreitungen sind unweilschaft auf das Konto einer gewissen Presse zu setzen, die bereits vorher mit anzüglichen Bemerkungen auf den Vortrag hingewiesen hatte.

## Staatsanwälte gegen „Freiheit“.

Gegen den Redakteur der „Freiheit“, Schriftsteller Adolf Wielepp wurde am Donnerstag vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Nepp eine Anklage wegen Verleumdung des Ersten Staatsanwalts Dr. Weismann und des Staatsanwalts Dr. Jambroich erhoben. Letztere sind als Nebenkläger unter Vorhand des Justizrats Bronker zugelassen worden. Der Angeklagte wird durch die Rechtsanwälte Voerkheim und Dr. Siegfried Weindberg vertreten, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Kalk.

Für Anklage steht ein Artikel in der „Freiheit“ vom 24. November unter der Überschrift: „Hüter des Rechts. Die Staatsanwälte.“

In dem Artikel wurden schwere Behauptungen gegen die beiden Staatsanwälte erhoben. Es wurde behauptet, daß Erster Staatsanwalt Dr. Weismann den vom Obersten, Karolich erhaltene Bericht über die Vorgänge bei der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße, der als gefälscht anzusehen sei, diktiert und sich damit einer

### Verdunkelung der Tatsachen

schuldig gemacht habe. Staatsanwalt Jambroich sei zugegen gewesen, als der Oberst Reinhardt den verhängnisvollen, an Karolich übermittelten Befehl gegeben, er habe gewußt, daß dieser Befehl auf Nord lautete, habe aber nichts getan, um seine Aus-

führung zu verhindern und habe sich zum Mitschuldigen an der Mordtat gemacht, indem er die Erschießung gebietet habe. Er habe sich als Verbindungsmann zwischen dem v. Kessel-Reinhardtischen Mordbündel und der Staatsanwaltschaft verhalten und die Justiz zur Mitschuldigen politischen Mordtat gemacht. — Der Angeklagte erklärte, daß er den Inhalt des Artikels nicht jetzt aufrecht halte und gab die Wahrheit seiner Behauptungen beweisen zu können. Er werde beweisen, daß das Verhalten der Nebenkläger ein pflichtwidriges gewesen sei. Von der Verteidigung waren noch in letzter Stunde zahlreiche Beweisanträge gestellt worden, die im wesentlichen darauf hinausgingen, die

### Vorgänge bei der Erschießung der Matrosen,

wie sie schon im Karolich-Prozess eingehend erörtert worden sind, noch einmal durch Vernehmung von Zeugen vorzuführen. U. a. geht ein Antrag dahin, den Polizeibrigadier Roland, der gegen provokateur sei und s. Zt. im Dienste des Polizeipräsidenten stehe, als Zeugen zu laden. Zu einem weiteren Antrage wurde behauptet, daß Erster Staatsanwalt Weismann Kenntnis die Wichtigkeit und Vollständigkeit des Aktenmaterials verhindert habe; eine gleichartige Tätigkeit habe er auch schon im Prozess gegen den „Mater Soldatenbund“ entfaltet, wie der Aktuar Thiele von der Staatsanwaltschaft als Zeuge bestätigen werde. Ueber die Ausdehnung der Beweisaufnahme erhob sich eine lange Erörterung, in der der Vorsitzende, der Erste Staatsanwalt Kalk, Justizrat Bronker und die beiden Nebenkläger betonten, daß es selbstverständlich im allgemeinen Interesse liege, die Sache sogleich anzuklären, daß es sich aber doch nur um die in dem Artikel enthaltenen, genau präzisieren Beschuldigungen handele und es nicht angängig sei, die Beweise ins unendliche auszuweiden und den ganzen

### Karolich-Prozess wieder anzufassen

und alle möglichen, zeitlich weiter zurückliegenden Vorgänge hier hineinzuwerfen.

Nebenkläger, Erster Staatsanwalt Dr. Weismann, erklärte: Ich habe nicht nur nichts dagegen, sondern ich bin im Gegenteil dafür, daß alles zeitlich aufgeführt wird. Was mich stört ist nur, daß diese Beweisanträge, die nebenbei nicht das geringste Neue enthalten, erst jetzt gestellt werden, obwohl Wochen dazu Zeit war. Ich habe von der ganzen Aktion in der Französischen Straße ebenfalls etwas gewußt, wie die Herren Verteidiger. Dagegen protestiere ich — und das ist ja der Zweck des ganzen Artikels — daß hier der ganze Karolich-Prozess vor einem bürgerlichen Gericht reproduziert wird.

Der Staatsanwalt Jambroich wendet sich in zum Teil sehr erregten Worten gegen die Art und Weise des jetzigen Vorgehens des Angeklagten. Er erblickt die Verleumdung seiner Person in folgenden vier Punkten: Erstens werde ihm vorgeworfen, daß er an der

### Verdunkelung des Tatbestandes

mitgewirkt habe, daß er zweitens, eine Ermordung nicht verhindert habe, drittens, daß er der Verbindungsmann zwischen einem Mordbündel und der Staatsanwaltschaft sei und viertens, daß er sich in strafbarer Weise gegen seine Pflichten als Staatsanwalt verhalten habe.

Die Rechtsanwälte Voerkheim und Dr. Weindberg protestieren gegen die Verleumdung des Ersten Staatsanwalts Weismann bezüglich der „Freiheit“ und bezeichnen diese Worte als unehrerhör.

### Nach kurzer Beratung verurteilt der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts

darin: Der erste Beweisantrag, Ladung der Zeugen Adolff Weller, Kader usw. wird abgelehnt. Es handelt sich nach dem Wortlaut des Artikels nur darum, daß für ein Verbrechen im Gegenwärtigen des Nebenklägers Staatsanwalt Jambroich gegeben ist, was dieser nach dem Befehl hätte tun können und was er nicht getan hat; was drüber hinaus ist, ist für den vorliegenden Fall und damit für das Gericht unerheblich. — Im übrigen ist den Anträgen der Verteidigung auf Vernehmung der Zeugen Weindberg, von Kessel, Oberst Reinhardt und Aktuar Thiele stattgegeben worden. Das Gericht befreit den Wunsch der Nebenkläger, heute Donnerstag verurteilt zu werden, um sich als Zeugen rechtfertigen zu können, vollkommen, hält dies aber im augenblicklichen Zeitpunkt für nicht angebracht. Die Sache wird deshalb vertagt.

lernet hat, irgendeine Unerschrockenheit glauben wird, es nötig hätte, sich gegen Angriffe zu verteidigen, wie den von Bilamowitz, Wollendorf unterzeichneten Artikel hier nehmen an, es handelt sich nicht um den Unberufenen, sondern nur um einen Feind der „Deutschen Tageszeitung“, in dem Prof. Nicolai beschuldigt wird, alte Dolche oder Ähnliches gestohlen zu haben (!) — Wir hoffen, es genügt, diese Artikel aus den Fingern der folgenden Anklagen niedriger zu hängen und meinen, daß alle anständigen Menschen, auch in den Kreisen der Akademiker, einsehen müssen, daß eine Propaganda, die sich so unwürdiger Mittel bedient, kann allzu großes Zutrauen zu ihrer inneren Wahrhaftigkeit haben dürfte. Diese Anschuldigungen sind unwarhaft. Die Frage, ob Prof. Nicolai bei seinem, auf alle Fälle mutigen Kampf für die deutsche GröÙe sah und hielt, irgendeine die erlaubten Grenzen überschritten habe, unterliegt jetzt strengster Prüfung und wir fordern daher nochmals alle in Betracht kommenden Stellen auf, mit ihrem endgültigen Urteil in dieser Sache zu warten, bis Rektor und Senat gesprochen haben. Sie bilden sich ihr Urteil auf Grund wertvollen Wissens, auf Grund der Akten und auf Grund der Berichte, die von den militärischen Stellen des alten Regimes über die Tätigkeit Prof. Nicolais vorliegen, und niemand wird auch nur vermuten können, daß der durchaus barschaftlich gefasste Senat der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität die notwendige Anstandspflicht eines Deutschen höherer Beurteilung als diejenigen Zeitungen, die so gewissenlos erweisliche Lügen über einen politischen Gegner verbreiten.

**Hochschule und Hochschulreform.** Die deutschen Hochschulen sind zu der Ubergangzeit gelangt, daß sie ihre gemeinsamen Aufgaben, die allgemeine Erziehung der Gesamtheit unseres Volkes und seiner geistigen Weiterbildung sind, nur dann wirksam verwirklichen können, wenn sie sich ein gemeinsames Organ dazu schaffen und wenn alle am Verwirklichung der Hochschule beteiligten Kreise sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Diese Anschauung hervorzuheben die erste Versammlung von Vertretern aller deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen, die vom 4. bis 7. Januar in Halle tagte und den Vorstand der Hochschulen konstituierte. Wir teilen aus dem jetzt vorliegenden Bericht der „Allgemeinen Hochschulreform“ das Wichtigste mit. In der Frage der Hochschulreform wurden nach einem Vortrage des Räumlichen Ministeriums, Müller und einem ergänzenden Referat des Berliner Hofratters Ebdard Meyer folgende Resolutionen gefaßt:

Die Hochschulen sind nicht nur Gelehrtenanstalten, sondern sie haben dem Volksganzen zu dienen und werden in Erfüllung dieser Aufgabe alle Vorbildungsbestrebungen nach ihren Kräften unterstützen. Dementsprechend fordern sie, wie in den Aussagen des Höheren Schulrats auch in denen der Ausbildung der Hochschullehrer zur Beratung hinzugezogen zu werden. Als Regel ist festzusetzen, daß für die Erlangung zum Hochschulstudium das Reifezeugnis einer höheren Schule erforderlich ist. Doch soll bei besonders Begabten unter bestimmten Voraussetzungen auch sonst der Zugang zur Hochschule eröffnet werden. Zu diesem Zwecke ist ein, je nach dem Stadium auszubewendendes Zulassungsexamen notwendig.

Das zu Beginn des Studiums an der Hochschule abzulegende ist. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist weiter auszubauen und zu kräftigen. Dabei sind die alten Freiheiten der Hochschulen wieder herzustellen und alle Beschränkungen namentlich in der Vermögensverwaltung aufzuheben. Die Selbstverwaltung der Hochschulen erfordert Sorgfalt und Klarheit ihrer Verwaltungsgeschäften. Diese Organe müssen aus Vollen hervorgehen, an denen alle Gruppen der Hochschullehrer beteiligt sind. Assistenten und Studenten in Mitwirkung an den für den Hochschullehrer schulungsangehörigen zu verfahren. In gleicher Weise sind die Studenten in ihren Angelegenheiten heranzuziehen. An den Geschäften der Fakultäten (Abteilung) sind alle Gruppen der Hochschullehrer in angemessener Weise zu beteiligen. Den Fakultäten (Abteilungen) liegt die Erneuerung und Ergänzung des Lehrkörpers als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ob. Die Erneuerungen von Hochschullehrern ohne vorherige Anhörung der Fakultäten (Abteilungen) ist unzulässig. Für die Lehraufgaben, die ein dauerndes Bedürfnis der Hochschule erfüllen und die ganze Kraft eines Gelehrten in Anspruch nehmen, sind ordentliche Professuren einzurichten. Allen planmäßigen Professoren ist ein ihrer Stellung entsprechender Gehalt zu gewähren. Die Erteilung der venia legendi soll an strenge Bedingungen geknüpft werden. Für Privatdozenten, die sich betätigen und eine Lücke im geistigen Leben der Hochschule ausfüllen, sollen Stellen geschaffen werden, die eine wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglichen. Das Stipendium ist beizubehalten. Für unbemittelte, besorgende Studierende ist weitgehend Sorge zu tragen. Jeder Hochschule ist die in ihrer historischen Entwicklung und ihren Tugenden begründete Eigenart zu wahren. Ein Gleichmachen und Zentralisieren vertritt sich nicht mit dem Wesen der Hochschulen. Lehr- und Lernfreiheit ist ihr höchstes Gut.

Ein Roman-Roland-Abend findet am 14. Februar, 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie statt. Vortrag: Ebdard Meyer, Joseph Schreyer, Ernst Deutsch und Reich Schreyer werden mit.

**Theater.** Der im großen Schauspielhaus am 2. Februar stattfindende Allmann-Gedächtnisabend bringt den Roman. Die Schillerstücke „Hedem und Roman“ zur Aufführung. Gollberg, Gross, Thiele, Dieckmann und Johanna Lorenz werden mit. Reinhardt dirigiert. — Endemanns Schauspiel „Die Erde“ wird als nächste Volksoperstellung Sonntag, 14. Februar im Schauspielhaus aufgeführt. — Das Staatliche Schauspielhaus führt am 2. Februar, abends 7 Uhr, in der „Neuen Zeit“ in Paulina Heddel, Maria Magdalena auf. — Albert Baffermann hat gegen einen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ Verleumdungserkläre erhoben. Nachteil des Standes bei der Teilaufklärung.

Die Bibliothek für expressive literarische Literatur wird in Mainz auf Grund einer Entlassung eines dortigen Bürgers errichtet. Den Mittelpunkt dieser Bibliothek, die der Stadtbibliothek angegliedert wird, sollen die Dichtungen des Expressionismus bilden, sowie die Werke jener Autoren, die in Seelenkraft und Ausdruck als Begreifbarer und Künstler der neuen Weltanschauung gelten können.

Der Erschwerer der Affenbrache, Richard 2. Garver, ist in Göttingen (Assistent), 73 Jahre alt, gestorben. In der Göttinger Gegend, wo Garver und Schampagne heimisch sind, lebte er in den neuesten Jahren viele Monate lang mit einem gezähmten Schimpansen zusammen in einem Stübchen. Er genoss die volle Ubergewand, es gab unter den menschlichen Affen eine, wenn auch sehr primitive, Form der Sprache. Er bereite Kräfte noch mehrere Male, zuletzt 1917, und sollte die Ergebnisse seiner Studien in dem Werke „Die Sprache der Affen“ zusammenfassen.

Ausnahmezustand und Eisenbahnfragen.

Die preussische Landesversammlung tagte am Donnerstag unter dem Schutz einer starken Absperrung der Prinz-Albrecht-Straße...

In der Beipredung folgte auf inmeren Parteigenossen Graf-Franckfurt, der sich gegen die linken und rechten Feinde der demokratischen Republik...

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Auf der Tagesordnung standen

die förmlichen Anfragen

der Reichstagsparteien über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe...

Hug, Graf-Franckfurt (Soz.):

Wiederholt ist gesagt worden, daß nur Arbeit uns wieder retten kann. Statt dessen sehen wir Gewalt, Sabotage, passive Resistenz...

Rechte für die Arbeiterschaft

erreicht haben, an die vorher zum Teil niemals gedacht worden ist. Von den Eisenbahnen und Bergwerken hängt jetzt das ganze Schicksal unseres Volkes ab...

Nieder mit allen Streiks!

(Lebhafte Zustimmung.) Wir danken den Bergarbeitern, daß sie sich vielfach zur Bekämpfung von Unübersichtlichkeiten bereit erklärt haben...

die Verantwortung für neue Blutspäter

übernehmen wollen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. Große Unruhe bei den U. S.) Die Regierung muß alle Arbeiterforderungen

erfüllen, die die Arbeiterschaft fördern, aber auch mit aller Energie gegen alle einschreiten, die die Arbeiter an der Arbeit hindern. Wenn man die Presse der linken menschenverachtlichen Parteien...

Minister des Innern Heine:

Arbeit, Verkehr und Ordnung müssen aufrechterhalten und die Produktion gesteigert werden, wenn wie nicht in wenigen Wochen vollkommen zusammenbrechen wollen. Wir wären froh gewesen, wenn wir ohne gewaltsame Mittel unser Volk auf den Weg zur Rettung...

Kathahn und Weymann

knachten auf einem Kollern auf und rehten zur Menge. Die Herman Jahn, Müller und Helms haben von der Streiktruppe des Reichs I. Anspruch an die Menge gehalten...

Wenn man den Arbeiter in der Tasche hat, hat man doch nicht die Absicht, friedlich zu dementsagen. (Waher Bärm bei den U. S.) Ein einziger Arbeiterstreik im Osten hat man zwei Reichsregierungen und eine Anzahl Honorarminister gehalten...

ausgelegt und geschlossen

hat. Als der Reichsminister am Abend lag, habe ich selbst einen unabhängigen Abgeordneten herankommen sehen, der vier:

„Spiegelarbeit! Spiegelarbeit!“

Viele bekannte Führer der Unabhängigen hatten sich Eintritt in der Reichstagsversammlung und wenn es so gekommen wäre, wie es nach meiner Meinung geplant war, dann hätte sich wohl gleich einer auf den Stuhl des Vorkämpfers gesetzt! Braum hatte

der Reichstagsminister angekündigt, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden sollen, da waren alle Führer des Reichstags...

die „Freiheit“ und die „rote Fahne“.

(Rebner befragt dies mit Worten aus diesen Blättern.) Die Massen werden zum Prozeß gegen das Reichstagsgebäude vor den Reichstagsgebäude geführt. Die Unabhängigen haben ja abgesehen, Forderungen an diese Regierung zu stellen, die sie nicht erfüllen könne...

die Drahtsäher selber in Sicherheit

und haben die heranziehenden und zum Teil wirklich friedfertigen Massen auf die Straße hinausgedrückt. Wäre nicht schon geschossen worden, so hätten einige Soldaten später die Massen sich in den Reichstagsgebäude hineingelassen...

Das Bild der 22 Todesopfer, die die Regierung auf das Köpfe vernichtet, schreit zum Himmel, aber nicht gegen uns, sondern gegen die, die es dazu gebracht haben. Schon vor dem 19. Januar erbat sich Reichskommissar Seewitz vom Reichspräsidenten weitestgehende Vollmachten zur Anwendung der schärfsten Mittel gegen den

Terror im Westen.

(Hört, hört!) Dort wollten die Kommunisten die Besen und Besenbäume hängen. Unabhängige Agitatoren waren unterwegs, um dort den Generalstreik zu propagieren. Auf den Besen im Reichstagsgebäude die Entlassung noch einige Tage abzuwarten. Am 12. und 13. Januar wurde dann in Hamburg das Rathaus gestürmt, die Eisenwerke vernichtet, die Vaterrepublik ausgerufen und feste gegründet...

bleib nichts anderes übrig,

als den Ausnahmezustand zu beschließen. Auch die Zeitungsdirektoren sind unbedingt notwendig. Ein Besenbesen ist meine Meinung nach nur zulässig als letztes Mittel, um dem Gegner eine Waffe aus der Hand zu schlagen. Die Verleumdungen und Lügen, die die „Freiheit“ und „rote Fahne“ am Tage nach den Unruhen in Berlin verbreiten wollten, waren Gift für das gesunde Volk gewesen...

Jan Krebsereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen. Aufgezeichnet von Hans Müller-Schiffner.

Frau Zeppenfeld ging pustend ins Schlafzimmer; sie hatte von dem hastigen Trinken den „Schlids“ bekommen, so laut, daß man's aus dem Schlafzimmer heraus hörte.

„Gode Nacht, liebe Jung, Gebirg, kleiner Jan! Deineten ersten Namenstag hast du hinter dir. Geb' der liebe Herrgott, dat es mit dein glücklichster bleib!“

Grades schluckte und wuschte sich rasch über Augen und Nase. Dann gab er den Jan der Besenme zuriik.

„Und jetzt,“ rief Grades, „jetzt können wir uns en' Bief stoppen.“

Und bald lag eine langsam fließende blaue Wolke über dem Tische.

Die Frau Zeppenfeld war aber auf dem Wege zum Schlafzimmer beim Klempnermeister Schlüter und dem Nipp stehen geblieben, die wader immer ein Glas nach dem anderen vollschienken.

„Ich muß mir auch ein Glas zapfen,“ sagte Frau Zeppenfeld für sich, legte den schlafenden Jan auf eine an der Wand stehende Truhe, in der Grades allerhand Schiffswerkzeug aufbewahrte, nahm ein Glas, hielt es unter den hölzernen Kröhnen und ließ es schäumend volllaufen.

„Dat ist — hids! — eine Gabe Gottes!“ sagte sie unter einem tiefen Seufzer, hielt das Glas gegen das Licht und trank, während Nipp mit einem halben Dutzend Gläser zum Tisch lief, mit dem schweigend zappenden Schlüter an.

„Prost, Herr Schlüter!“ Schlüter nickte ihr bloß zu und trank das Glas aus. Wilsa zündete mit einem Fidius eine zinnene Oellampe an und hängte sie an die Wand.

„So,“ meinte sie dabei, „jetzt kann man doch sehen, wat man sagt.“ Grades schlug vor, noch eins zu trinken. „Mes amis,“ (Meine Freunde), rief Madam Krüll, „trés bien, (sehr wohl), eine schöne chanson! Et moi,

(Nied! Und ich), ich werde geben hum besten eine alte janzhöflich dansel!“ (Tan).

„Ich weiß ein schön Lied!“ hörte man Frau Zeppenfelds Stimme vom Kröhnen her. Man konnte sie durch den Tabaknebel nur verschwommen sehen. „Dat Schlußverske müßt ihr allemale mitsingen.“

Und sie sang an: „Auf Gottes Welt — hids — it's wunderbar, Da gibt's der Freuden mander — hids — lei, Mensch und Tier, Freer'n sich hier! Auf Gottes Welt it's schön!“

„Auf Gottes Welt it's schön!“ wiederholten die anderen. „Sie ist kein Jammeral! Der liebe — hids — Gott hat sie gemacht, Schön gemacht, Gut gemacht, Sie ist kein Jammeral!“

„Sie ist kein Jammeral!“ Nipp blinzelte der Jungler Welt verliebt zu, und die lächelte ihn wieder mit geistigem Mäulchen an.

„Das hunte Blumenfeld, Das milde, warme Sonnenlicht, Schuf zur — hids — Luft, Uns zur Lust, Der große — hids — Herr der Welt!“

„Der große Herr der Welt!“ wiederholten die anderen, und der alte Kanahl knurrte: „Auch Wollenbrück, Sagel, Krieg und Pestilenz!“

„Die Quelle, die uns trinkt, Der Aker, der uns Brot verschafft, Prächt's Blut — hids — Krohen Mut, Hat uns der Herr geschenkt!“

Da hörte man Trüdele aus dem Schlafzimmer rufen, man sollte doch den Jan herin und in sein Bettchen bringen. Grades rief zuriik, das wäre doch schon getan.

Aber Trüdele lächelte und meinte, ob sie denn alle schon so michtig am Bier gehoben hätten. Der Junge wäre nicht in seinem Bettchen.

„Wo er denn sonst sein sollte, fragte Grades. „Gelt, Frau Zeppenfeld, Ihr habt ihn doch reingetragen?“

„Ja — hids — gewiß!“ versicherte die, und Grades nahm die Oellampe von der Wand und ging rasch ins Schlafzimmer, kam aber nach kurzer Weile wieder heraus.

„Der Jung ist wahrhaftig nit in seinem Bettchen, Frau Zeppenfeld!“

„So, dat wär' mir doch wat!“ lachte die. Grades leuchtete überall umher, aber der Junge war fort!

„Dat sich einer ein Spökle gemacht?“ fragte Grades mit einem zwischen Angst und Weger schwankenden Lachen. Aber alle versicherten, keiner von ihnen hätte den Jungen auch nur angerührt.

„Wo habt Ihr den Jung, Frau Zeppenfeld?? Zaderzuder, Venfersäckelacht, dat sind kein' Spökle!“ Grades bekam einen roten Kopf von Aufregung.

Frau Zeppenfeld glökte ihn etwas ängstlich an. „Den Jung — hids — den Jung — ich will stodeblind werden an Arm und Bein, wenn ich den nit soeben in sein Rörbchen gelegt hab!“

Grades lief noch einmal ins Schlafzimmer, kam wieder heraus und rief voll Born: „Dat ist mir doch zu bunt! Einer muß den Jung verborgen han! Ich sag, dat find schlechte Spögl! Dafür bin ich nit zu han, Kuffehen! Allemale! Und wer dat Spökle gemacht hat, den schmeiß' ich über die Keesing!“

Den anderen wurde es ungemütlich; es verging ihnen das Lachen, als sie Grades' funkelnde Augen sahen. Sie standen vom Tische auf und traten zuriik.

Grades leuchtete unter dem Tische. „Ich häng' Euch an der Rab' auf, Frau Zeppenfeld!“ tobe er, „wenn Ihr den Jung nit in Zeit von nig herschafft!“

„Ich — hids — ich han nig getan! Ich bin ein — hids — arm Mensch!“ Tageslicht hörte man Trüdeles ängstliche Stimme und kurz darauf stand sie in Bettjade und Unterrock in der Schlafzimmertüre.

Grades stuchte wie ein Weirschiffer der Wädermeister verjuchte ihn zu beruhigen. Frau Zeppenfeld schluckte die anderen machten sich gegenseitig Wortwürfe, die immer lauter und lauter wurden — Da hörte man von der Wand her ein kräftiges „ngäh, ngäh, ngäh!“ (Wortf. folgt.)

Terrorismus der Unabhängigen

zu befehlen. Zur Entlassung der Eisenbahnen und der Straßen in...

Für die Fortsetzung des einseitigen Verkehrs

zu schaffen. Die Regierung will mit den Verbänden nur sich und...

ganze Wälder der Reichheit trösten gegen Erzberger eine Heide...

dem Felsen der Arbeit kann man den Turm des Staates...

Hr. Paul Hoffmann (H. S.): Die Arbeitsbedingungen hat die...

Eisenbahnminister Defer:

Möher sind 10 000 Arbeitsgefangene heimbeurlaubt worden. Im...

ausgeschlossen, den Eisenbahnbetrieb weiter aufrecht zu erhalten...

Unerschütterter Stützpunkt in der Gewerkschaftsbewegung

Reichte doch ein Teil der Arbeiterschaft den Tarifvertrag ab in der...

Streiks hinderten die Fahrt der Kohlen

von den Kohlen. Im Interesse des allgemeinen Wohls mußten wir...

Ohne Arbeit kein Verzicht

Es ist mir schmerzhaft, daß ich hier die Unterstützung der Gewerkschaften...

Nein, diesen Terror las zu sein

(Vorb. Zustimmung bei der Reichheit. Widerspruch bei den H. S.)

Man kann gegen ihn den Hof man immer nur Lohn beanspruchen...

Hr. Defer (H. S.) behauptet einen Teil der Entlassung des...

Freitag 12 Uhr. Keine Anfragen, Weiterberatung, Vermögens...

Am Vorkelkenrat der Landesversammlung ergab sich, daß an...

Groß-Berlin Der Papierpfennig

Es wird als große Notzeit in alle Welt gemeldet, daß Nord...

Man denke nicht, daß nicht auch dies schon dagewesen wäre. In...

Empfang der Kriegsgefangenen aus Frankreich

Auf dem Potsdamer Bahnhof traf Donnerstagabend kurz nach 6 Uhr ein...

Die Zurückgekehrten kommen aus dem Lager bei Vailbui...

Zur gleichen Zeit traf auf dem Silesischen Bahnhof ein...

Heute fällt die juristische Sprechstunde aus

Postgebühren und Materialpreise

Obwohl die Postverwaltung erst am 1. Oktober eine allgemeine...

gebühren, die gegenüber dem Festtarif durchschnittlich 100 Proz...

Zersplitterung der Sozialistischen Studentenpartei

Durch die Beschlüsse des Kongresses der sozialistischen Studenten...

Abänderung der Luftfahrtssteuer-Vorlage

Der Berliner Stadtverordnetenrat hat zur Vorbereitung der...

Schiebung

Am 28. Oktober erschien im „Grüner Tageblatt“ eine Ratig...

Wer ist der Major Oppenborn? In welchem Verhältnis steht...

Im Laufe der Zeit trat der Lagerverwalter wiederholt mit der...

Wir fragen: Wie kam die Eisenbahn-Überwachungsabteilung...

Rechtswidrig ist, daß der Wagen während der ersten Tage...

Ist er vielleicht schon leer???

Vorzugskurse für Schmelzer

für die Zeit vom 30. Januar bis 1. Februar 1920:

Table with 10 columns: America, England, Frankreich, Belgien, Holland, Türkei, and sub-columns for each (Koten, Schmelz, etc.)

Die Reichsbank. Die hohen Preise für Schmelz beruhen auf...

Eine große Streitschlichtung ist durch die Durchsetzung des...



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Sinfonie - Mittags - Konzert. VI. Sinfonie-Konzert.

Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Jaakobs Traum.

Königgrätzer Straße. Komödienhaus.

Berliner Theater. Central-Theater.

Deutsches Opernhaus. Carmen.

Die Tribüne. Franziska.

Eden-Theater. Nelenens Ehemänner.

Kleines Theater. Die Pfarrhauskomödie.

Der Großstadt-Kavaller. Metropoli-Theater.

Neues Operettenhaus. Die kleine Hohel.

Die Tür ins Freie. Thalia-Theater.

Der Hefgeflüßte. Theater des Westens.

Die Frau im Hermelin. Residenz-Theater.

Evchen Humbrecht. Trianon-Theater.

Volksbühne. Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater. Hölle, Weg, Erde.

Denise-Vos-Künstler-Theater. Die Marquise von Arcis.

Rose-Theater. Die im Schatten leben.

Apollo-Theater. Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Walhalla-Theater. Die Csárdásfürstin.

Schall u. Rauch. im Großen Schauspielhaus.

Olympia-Theater. Die graue Frau von Aleneon.

Admirals-Palast. Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

BTD. Die Herrin der Welt.

Die lustige Puppe.

Admirals-Kino. Die Puppe.

Beethovenaal. SALZER.

Passage-Theater. Die graue Frau von Aleneon.

Frau Jutta u. der Fremde.

Glite-Sänger.

Winter-Garten. Varieté-Spielplan.

Sportpalast. Esther Carena.

UFA-PALAST AM ZOO.

Ab Heute! Carmen.

Pola Negri.

Ernst Lubitsch.

Künstler-Orchester.

Gold.

Platin.

Silber.

Gute Antiquitäten.

Juwelen Perlen.

Yohimbinsecitlin.

J. Weinstock.

Silber-Krauß. Die Lösung des Faust-Rätsels.

Goethes Testament.

Alte Gebisse.

Platin-Brennstifte.

Silbermünzen.

J. Herz.

Platin! Zahngebisse.

Stellengesuche.

Einrichter.

Portier gesucht.

Stellenangebote.

Arbeitsburche.

Politischer Redakteur.

Meister.

Metropol-Kabarett.

Senta Söneland.

Die Herrin der Welt.

Totte Neumann.

Die Herrin der Welt.

Totte Neumann.

Yohimbinsecitlin.

J. Weinstock.

Meister.

Zeitungs-Zentrale.

# Die französische Kabinettkrise in der Schwabe.

Die für Mittwoch angekündigten Interpellationen über die allgemeine Politik des Ministeriums Millerand und seine Zusammensetzung haben innerhalb der verschiedenen Parteien der Kammer lange Auseinandersetzungen zur Folge gehabt. Namentlich die stärkste Gruppe, die der demokratischen Entente, hat stundenlang getagt, denn durch ihre Enthaltung bei der Abstimmung am letzten Donnerstag hat sie das Ministerium in eine schiefe Lage gebracht. Die stärksten Anhänger und Verteidiger des nationalen Blockgedankens, Capus, Maurice Barrès und andere beschwören nun die 300 Deputierten, die sich der Abstimmung enthalten haben, diese Taktik aufzugeben. Einzelne gehen sogar so weit, für das Ministerium Millerand eine Gnadenfrist zu verlangen, damit man es nach seinen Taten beurteilen könne. Wieder andere wollen es bis zum 18. Februar am Leben lassen, bis zu dem Tage, an dem programmäßig Millerand dem neuen Präsidenten der Republik seine Demission überreichen muß. Es werde ja möglich sein, so sagen sie, Herrn Steeg und die beiden ebenfalls stark bekämpften Mitglieder des Kabinetts Sarraut und Borel auszuschließen. Es hat also den Anschein, daß die Krise hinausgeschoben werden soll. Die Interpellationen sollen erst heute Freitag behandelt werden.

## Ablehnung des Adria-Ultimatums in Belgrad.

Das Laibacher Blatt „Domovina“ meldet aus Belgrad, daß der serbische Ministerrat das Ultimatum in der Adriafrage abgelehnt hat.

Dasselbe Blatt meldet aus Paris, die Friedensdelegation der Vereinigten Staaten habe bei der Entente gegen die Forderung der Fiumefrage ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten protestiert.

Diese Meldung aus Belgrad steht im Widerspruch zu einer Pariser, nach der die Antwort der Südslawen Aussicht auf ein Kompromiß zulasse.

## Wirtschaftskrach in Rumänien.

Die das rumänische Preßbureau mitteilt, hat die Mehrzahl der Großkaufleute ihre Geschäfte schließen müssen, weil sie wegen der abnormen Saluzifferenz im Auslande keine Waren mehr beschaffen können.

Wenn die Produktionsarmut in Deutschland nicht behoben werden kann und wenn dadurch die deutschen Zahlungsmittel im bisherigen Tempo sich weiter verschlechtern, werden wir in Deutschland bald ähnliche Ereignisse erleben.

## Kleine politische Nachrichten.

Steuerkommission der Nationalversammlung. Bei der Abstimmung über den Steuerentwurf kam zunächst ein Antrag Kell und Genossen (Soz.) zur Entscheidung, der folgenden Wortlaut hatte: 1. Wiedereinführung der Tabaksteuer, beginnend mit dem Steuerjahr 1909 bis zu Einkommen von 15 000 M. 2. Anhebung der Regierungsverordnung über Einkommen von 15 bis 30 000 M. 3. Allmähliche Verringerung des Tarifs von 30 000 M. an mit dem Ziele, den Satz von 60 Proz. bei 250 000 M. zu erreichen. 4. Fortsetzung der Progression über 60 hinaus bis zu 80 Proz., die bei 500 000 M. beginnen. Für den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten, für den Abtrag 8 ein Zentrumsgesandter, der unabhängige Vertreter fehlte. Nach Abschluß des Antrags soll wurde der Steuerentwurf nach der Regierungsverordnung angenommen, der mit 10 Proz. bei den niedrigsten steuerpflichtigen Einkommen beginnt, bei 30 000 M. Einkommen 25 Proz., bei 200 000 M. etwa 40 Proz. und bei den höchsten Einkommen 80 Proz. in allmählicher Steigerung erreicht. — Ein Versuch der Reichsparteien, die Konjunkturgewinne in gewissem Umfang der Einkommensteuer zu entziehen, wurde von den Arbeitssparten abgewiesen. Der § 22 des Gesetzes sieht die Verteilung der Steuer auf mehrere Jahre vor, wenn sich die Schuldigkeit, aus welcher das Honorar besteht, sich auf mehrere Jahre erstreckt. Auf Antrag des Abg. Burlage wurde eine Bestimmung hinzugefügt, nach welcher die Verteilung auf höchstens 5 Jahre erfolgen darf. — Gegen einen Versuch, außerordentliche Ermäßigungen bei der Besteuerung günstiger zu stellen, wandten sich die Abg. Simon (Schwaben, Soz.) und Blum (Dem.). Die darauf bezüglichen Anträge der Rechten und des Zentrums wurden abgelehnt. — Der § 25 spricht von Steuerermäßigungen im Falle besonders drückender wirtschaftlicher Verhältnisse, welche die Regierungsverordnung unter Umständen bis zu 20 000 M. geben können. Es handelt sich dabei um außergewöhnliche Katastrophen, die dem Steuerpflichtigen durch Krankheit, Körperverletzung (Kriegsbeschädigung), Verhinderung, Invalidität, Verpflichtung zum Unterhalt mittellose Angehöriger u. dergl. entstanden sind. Die Kommission beschloß, gegen die Stimme der Sozialdemokraten, die Ermäßigungen unter Umständen bis zu Einkommen von 30 000 M. einzuführen zu lassen.

Reise ins besetzte Gebiet. Für die Entreise in das besetzte rheinische Gebiet ist eine Genehmigung nicht mehr erforderlich. Der Einzelne muß sich aber durch einen deutschen Notarpost mit Lichtbild ausweisen können.

Vom Druckfehler. Unsere Leser werden sich gewundert haben, München als ein „Kapuz“ der Schöner bezeichnet zu finden; sie wundern sich mit Recht. Insofern hatte es sogar „Kapuz“ geheißen, der Schöner gefaltete nicht, daß das richtige „Capus“ der Weiser herauskam. Aber wer seinen Bebel kennt, wird das schon selbst bemerkt haben.

## Wirtschaft.

### Um das Vetorecht der Regierung in den Selbstverwaltungskörpern.

Wegen der Bildung eines Selbstverwaltungskörpers in der Eisenindustrie wird im Reichswirtschaftsministerium verhandelt. Die Interessenten lehnen das Vetorecht der Regierung, das ein Reichskommisсар ausüben soll, ab, weil nach ihrer Ansicht eine solche Organisation kein Selbstverwaltungskörper sei. Die Herren möchten gern völlig unter sich bleiben und durch ihr Übergewicht, namentlich den Arbeitervertretern gegenüber, mit denen sie hier leicht fertig zu werden glauben, sich die Privatmonopolwirtschaft sichern. Die Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden.

Die Regierung überreicht befehl dazu, entscheidendes Einflußrecht in dem Selbstverwaltungskörper der Eisenindustrie unter in jedem anderen zu haben. Dieser Standpunkt der Regierung ist durchaus gerechtfertigt. Würde sie sich jeder Einwirkung auf die Politik der neu zu schaffenden Organisation begeben, so wäre zweifellos die Gefahr vorhanden, daß die neue Körperschaft zu einer reinen Interessentenorganisation würde. Auch die Beteiligung der Arbeitnehmer an dieser Organisation verbleibt nach den gemachten Erfahrungen keine Orientierung nach allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte, denn die Arbeitnehmer könnten sich durch die Zulassung hoher Löhne für eine Politik gewinnen lassen, wie sie den Produzenten genehm ist. Welche Preispolitik getroffen, welche Lieferungsbedingungen festgesetzt, wie die Ein- und Ausfuhr geregelt werden sollen, all dies würde sich dem Einfluß der Re-

# Ausnahmezustand und Pressefreiheit im Rathhaus

## Kein Mißtrauensvotum für Dr. Wenl.

Wenig wird ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten beraten, der den Magistrat auffordert, unverzüglich diejenigen Schritte zu unternehmen, die die ausreichende Belieferung der städtischen Schulen mit Kohle und die ordnungsmäßige Aufrechterhaltung des Unterrichtes bis zum Schluß des Winterhalbjahres sicherstellen. — Kertzen (Dem.): Nach 5 Wochen Weihnachtsferien droht unseren Schulen die große Gefahr, daß in wenigen Tagen die Schulen wegen Kohlemangels geschlossen werden müssen. Die Folgen für die Erziehung, Gesittung und das Gelingen der Schulländer mühen und würden verhängnisvoll sein. Für die 800 Arme der Stadt vorhanden; nicht aber die Bergungsgesellschaften, sondern die Bildungsbefehlshaber hätten den gerechtem Anspruch.

Zu der Erörterung stimmen alle Redner dem Antrage zu. Es wird u. a. auf den blühenden

Schiedsgericht mit Kohle verwiesen. Bruns (Soz.) hebt hervor, daß auch z. B. das städtische Blindenheim in der gleichen Gefahr laube. — Stadtschulrat Fischer: Die Sache wird morgen vom Magistrat beraten werden.

Der Antrag wird mit einer Erweiterung auf die Krankenhäuser und Heilanstalten einstimmig angenommen. Den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, dem der Magistrat beigetreten ist und der

### 30% Willkür nach für die Bewilligung einer laufenden Teuerungszulage

an die städtischen Arbeiter, Hilfskräfte und Werkangehörigen erfordert, lehnen die Sprecher der U. Soz. und Soz. Rosenfeld und Münner, mangels des Jurandemokraten einer Einigung ab und wünschen erneute Verhandlung des Magistrats mit den Organisationen. Für die Annahme sprechen der Vertreter der Pg. Bgg. und Dr. Lebz (Dem.), während Dr. Lammerich (Z.) sich dem ablehnenden Votum der beiden sog. Parteien anschließt. Der Magistratsvertreter Stadtrat Seel verteidigt den Magistratsvoranschlag. Die Arbeitnehmer hätten 30 M. Zulage für die Woche beantragt; das Spezial-Schiedsgericht des Arbeitministeriums habe das Angebot der Städte, 50 M. monatlich, zur Annahme empfohlen und noch dazu eine Rinderzulage von 15 M. für angemessen erklärt. Auch der Kammerer bietet dringend um Annahme des Schiedsgerichts. Die Finanzen der Stadt dürften nicht noch weiter überspannt werden, die wirtschaftliche Katastrophe bräue sonst noch früher und noch verhängnisvoller herein. Cappel (Dem.) warnt die sog. Parteien, aus Populärstascherei auf ihrem Verlangen zu bestehen, das auch dem in der Schöpfung schiedsgerichtlicher Zuständigkeiten sozialen Fortschritt jeden Wert nehmen würde; auf die Dauer würden sich die Steuerzahler solche andauernden Schröpfungen nicht gefallen lassen. Die ganze Frage solle nochmals in einem Ausschusse besprochen werden. — Auf Wunsch der U. Soz. wird die Abstimmung über diesen letzteren Antrag noch zurückgestellt.

Vommerich (Z.) begründet mit besonderer Begünstigung auf die Beratung der Besetzungserform den Antrag, daß Ausschüsse, welche wirtschaftliche Angelegenheiten der Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter beraten, verpflichtet sind, Vertreter der bez. Berufsgruppen mit beratender Stimme hinzuzuziehen. — Der Antrag geht an einen Ausschuss. Darauf kommt der Antrag der Pg. Bgg. zur Verhandlung. Die Verhandlungen vom 18. Januar haben gezeigt, daß der Parteivorstand der Versammlung Dr. Wenl das Vertrauen der Mehrheit nicht mehr besitzt. Sie erwarfen von ihm, daß er das Amt des Vorstehers niederlegt.

Sach bemerkt sich zur Begründung auf die Kritik, die Miller (Soz.) und Cappel (Dem.) an dem Austritt Wenls geübt haben, und stellt voraus, daß die Soz. aus dem Worten Ritters heute die Konsequenz ziehen werden. D. Wenl sei

### ein Opfer seines Intellekts

geworden (Heilerlein), ein Opfer seiner Parteidisciplin. Der berehrte Kollege solle durch den Antrag in den Stand gesetzt werden, in wirklicher Unabhängigkeit sein Mandat auszuüben.

Dr. Salzgeber (Z.) führt an, daß die Stimmenzahl für Wenl ständig zurückgegangen sei, doch auch in der ersten Sitzung des neuen Jahres zum erstenmal ein Punkt an den Vorhand für seine Amtsführung im Vorjahre nicht ausgesprochen worden sei. Sein Ehrgeiz und sein Beharrungsvermögen sei größer als seine politische Klugheit. Seine ganze Amtsführung habe sich charakterisiert durch Mangel an Objektivität. Er habe das Vertrauen des Hauses ganz verloren, habe er weiter an seinem Amte, so werde er auch bei seinen Freunden die politische Achtung verlieren.

Rosenfeld (Soz.): Wir erklären, dem Antrag nicht zuzustimmen, aber dessen Annahme und Wirkung sich die Antragsteller vorher etwas besser hätten bergewässern sollen. Die Sache war mit der Kritik in der vorigen Sitzung erledigt. (Widerspruch.) Die Parteigruppierung, die zur Wahl von Wenl geführt hat, besteht noch und es ist Sache der U. Soz., wie sie sich zu ihm stellt. Sie hat ihm ein Vertrauensvotum erteilt und

gierung entziehen und dem freien Ermessen der Industrie anheimgegeben sein. Daß die „erlöbte“ Annäherung an die Weltmarktpreise dann nur eine Frage kurzer Zeit wäre, unterliegt wohl kaum einem Zweifel.

Der Industrie kommt es offenbar darauf an, schnell das „Verl. Tagel.“ den Gedanken der beabsichtigten Organisation eines Selbstverwaltungskörpers in den ganz anderen Gedanken eines Zwangsindikats umzubiegen. Dieses hätte dann wohl grundsätzlich allgemeine von der Regierung ihm ein für allemal übertragene Aufgaben zu erledigen, würde im übrigen aber in der Durchführung seiner Aufgaben sich völliger Freiheit erfreuen und selbständig entscheiden dürfen, auf welchem Wege die schwebenden Fragen ihre beste Erledigung finden könnten. Es hieße doch, diesem Zwangsindikats ein Nebenamt an Vertrauen entgegenbringen, wollte man ihm die Fähigkeit anerkennen, schwerwiegende, das Wirtschaftsleben tief beeinflussende Entscheidungen lediglich nach Gesichtspunkten des Allgemeinwohls zu fassen. Wie diese Selbstverwaltungskörper gedacht sind, steht in ihnen der Vorkaufte doch der starke Einfluß der Industrie selber dauernd entgegen, und im gegenseitigen Meinungsaustausch und in der täglichen Zusammenarbeit könnte man doch wohl die Überwindung mancher Mängel erwarten, die der bürokratischen Unbeweglichkeit einerseits und der privaten Interessententum an der anderen Seite anhaften. Das ist auch die Idee, der die Selbstverwaltungskörper als neue Organisationsform ihren Ursprung verdanken.

Die Unternehmer müssen mit dem neuen Gedanken der Schaffung von Selbstverwaltungskörpern unter staatlicher Oberaufsicht Sabotage treiben. Das ist ein höchst gefährliches Spiel! Wir haben sie oft genug gewarnt, den Vogen nicht zu überspannen. Wenn sie das Mißverständnisse eines sachverständigen Reichskommisсар ablehnen, dann werden sie es vielleicht dahin treiben, daß sie sich mit einer Diktatur werden befreunden müssen. In unverantwortlicher und frecher Weise wird hier dem Wiederaufbau der Wirtschaft auf dem Wege der organischen Ausgestaltung der vorhandenen Elemente der Weg verlegt.

präsidenten ihn und nach wie vor. Wir gebeten auch unsere unabhängigen Freunde nicht auf ihrer Verantwortung herauszulassen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Cappel protestiert gegen die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums, daß die demokratische Reaktion zu und bedauerlich ist, daß er nach der Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums nicht zu rechnen habe.

Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Diese persönliche Angelegenheit sollte nun endlich doch erledigt sein; sie brauchte weitere sachlichen Verhandlungen nicht länger zu haben. Die Praxis übernimmt die volle Verantwortung für alle Amtshandlungen des Dr. Wenl; wie haben ihn auf diesen Posten gestellt und da bleibt es.

Nach weiteren Auseinandersetzungen mehr persönlicher Natur von Cappel, Rosenfeld und Rosenfeld mit Soz. wird der Antrag der Pg. Bgg. mit 73 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Dr. Rosenfeld tritt mit, daß die U. Soz. sich entschlossen haben, die Stellungnahme zu dem Schiedsgericht nochmals in einem Ausschusse einer Erörterung zu unterziehen. — Die Rednerführung an einem Ausschuss wird beschlossen.

Der Antrag nach auf Beilegung der beiden Parteien mit gleichen Rechten und auf Wiederherstellung der früheren Zusammensetzung des Vorstandes wird nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Rechten und der Demokraten abgelehnt. Bei der Abstimmung mit Stadtschulrat: „Schiebung“ und erklärt dafür einen doppelten Ordnungsruf.

Am 21. Januar haben die Unabhängigen der städtischen Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Behörden auf die

sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der gegen Berliner Zeitungen ausgesprochenen Verbote hinzuwirken.

Weinberg (U. Soz.): Niemand ist die Öffentlichkeit darum wie am 18. Januar mit Eigenmächtigen überkommen worden. Um Zustimmung zu erzeugen, hat der Kanzler von einer „Bartsholomäusnacht“ gesprochen. Jede Spur eines Bewusstseins ist man schuldig geblieben. Eine rechtliche Grundlage für die Verkündung des Ausnahmezustandes war nicht gegeben. Die Verbote der „Freiheit“ und der „Roten Johne“ dauern nun schon in die dritte Woche. So schimmert war es selbst in der wilhelminischen Epoche nicht.

n. Hebbinder (Z.) spricht der Regierung das Vertrauen aus.

Frank (Soz.): Die Regierung hat in einer Notlage gehandelt, und sie konnte bei ihrer Verpfändung.

Das Volk vor dem Bürgerkrieg zu bewahren,

nicht anders handeln. Wir hoffen, daß die Regierung die Ausnahmeverordnungen nicht länger als unbedingt nötig bestehen lassen wird. (Großer Lärm bei den U. Soz.) Unter anhaltenden lärmenden Unterbrechungen durch die U. Soz. wird der Redner aus, daß seine Freunde der Regierung anschlössen, zu überlegen, ob fruchtlose Verbote nicht das Gegenteil des Gewollten herbeiführen, denn was sonst durch die Presse mitgeteilt werde, gehe nunmehr durch unterirdische Kanäle und entzieht sich der öffentlichen Kontrolle. Wenn die Republik mit ihren demokratischen Grundlagen gefährdet werde, wenn

die Volksmehrheit verewaltigt

werde, müßten die nach der Reichsverfassung zulässigen Freiheitsbeschränkungen angewandt und rücksichtslos im Interesse der Gemeinheit durchgeführt werden. Welche Regierung komme ohne solche Maßnahmen aus. Auch die demokratische Mehrheit habe die Verpflichtung, die Mehrheit des Volkes vor dem Terror einer Minderheit, sei es von rechts oder von links, zu schützen. Wenn

die Besize des Bürgerkriegs

ist, führen wir beständig in den Notstand. Die U. Soz. hätten unter Baumig und Epstein den Boden der Demokratie verlassen. Die letzte Funktionärskonferenz habe einstimmig das Verhalten der Regierung gebilligt.

Streiter (U. Soz.): Wir lehnen den Antrag ab.

Cappel (Dem.): Mit diesen fruchtlosen Debatten kommen wir hier nicht weiter. Wir bedauern, daß z. B. Ausnahmestände herrschen müssen, mit Schaulden und Empörung denken wir an die Opfer des 18. Januar und an die Arbeiter dieser Parteien; aber die Regierung ist verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Volkserretzung gegen terroristische Anschläge zu schützen. (Lärmende Unterbrechungen bei den U. Soz.) Sie hat sich in der Woche befunden; sie macht sich verdient, wenn sie dafür sorgt, daß

nicht Gewalt und Unrecht, sondern Freiheit und Ordnung

herrscht.

Der Antrag wird im ersten Teil gegen die Antragsteller abgelehnt. Der zweite Teil wird mit 47 gegen 30 Stimmen angenommen.

Weder den Schiedsgericht wird die Teuerungszulage soll ebenfalls eine Extension am Sonnabend entscheiden. — Schluß 10 Uhr.

Wir fordern vom Wirtschaftsministerium, daß es rücksichtslos diese egoistische Interessentenobstruktion niederkämpft und mit den Herren eine Sprache spricht, die sie eindeutig verstehen. In der Arbeitererschaft muß dieses unerhörte Verhalten der schwerindustriellen Unternehmer die größte Erbitterung erzeugen.

Die Herren fühlen sich offenbar wieder sehr stark, aber sie werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß die Arbeitererschaft sich eine solche Diktatur gefallen lassen wird. Wir erwarten baldigst die Nachricht, daß das Vetorecht gesichert ist und daß eine starke Persönlichkeit gefunden wird, der der Saug der Interessen der Volksgemeinschaft gegenüber diesen Herren voll und ganz anvertraut werden kann.

### Anruf des Preulaner Regierungspräsidenten an die Landwirte.

Der Regierungspräsident richtet einen dringenden Anruf an die Landwirte, die Ablieferung von Brotgetreide zu beschleunigen. Er sagt: Wenn die bisserigen geringen Anlieferungen nicht unter allen Umständen in der nächsten Zeit sehr wesentlich anwachsen, so tritt der Fall ein, daß in kurzer Zeit in wichtigen Verbrauchszentren die Brot- und Mehlversorgung verfehlt, weil nicht genügende Mengen rechtzeitig an Ort und Stelle gebracht werden können. Es besteht ferner die weitere Gefahr, daß ein allgemeines und dann nicht mehr zu verdauliches völliger Zusammenbruch in der Versorgung eintritt, wenn die Frühjahrsernte beginnt. Mehr noch als in anderen Jahren wird in diesem Frühjahr der Landwirt alle Kräfte und jede Stunde für die Bekämpfung nutzen müssen, sobald der Winter vorüber ist. Zeit zum Ausdreschen von Brotgetreide wird dann kaum vorhanden sein.

Unter diesen Umständen muß unbedingt in den nächsten Tagen und Wochen nicht nur der jetzige dringende Bedarf der Reichsgemeinschaft an Brotgetreide gedeckt, sondern auch ein Vorrat für das Frühjahr geschaffen werden.

Gaspreis. Am 29. Januar stellte sich an der Berliner Börse der Gaspreis auf 184-180 M. für den Zentner.

# Gewerkschaftsbewegung

## Adam Neumann gestorben.

Der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Adam Neumann, ist, wie uns melden wird, am Dienstagabend in einem Hamburger Gasthause einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene hat nur ein Alter von 52 Jahren erreicht. Um seine Organisation hat sich Neumann ganz hervorragende Verdienste erworben. Als Kenntnisreicher, glänzender Redner hat man seinen Worten überall im Reiche gern gelauscht. Seine größte Stärke lag aber in der Leitung von Lohnbewegungen und in der Führung von Verhandlungen mit den Unternehmern. Seiner überragenden Fähigkeiten wegen wurde ihm, der vorher als Sekretär im Verbandsvorstand wirkte, im Sommer vorigen Jahres die Leitung des Verbandes übertragen, an Stelle von Theodor Leipart, der an die Spitze des württembergischen Arbeitsministeriums berufen worden war.

Neumann hat schon länger an einem Herzleiden laboriert. Im Dienste des Verbandes konnte er aber keine Schonung gegen sich. So unternahm er auch die Reise nach Hamburg, wo er wichtige Verhandlungen führen wollte, die im Zusammenhang mit der großen, jetzt schwebenden Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie stehen. Noch ehe diese Verhandlungen begonnen hatten, machte am 27. Januar ein Herzschlag dem arbeitserfahrenen Mann ein Ende. Die Witwe, beauftragt der Deutsche Holzarbeiterverband, die Leiche seines Vorherrn nach Berlin zu überführen, um sie hier zu bestatten.

Es darf hierbei erwähnt werden, daß auch der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Karl Klotz, im Jahre 1908 auf einer Reise im Dienste des Verbandes in Hamburg vom Tode überrascht wurde.

## Zur Frage der Kohlenförderung.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands veröffentlicht folgende Entschliessung:

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft kann angeichts der bestehenden wirtschaftlichen Notlage, die insbesondere durch die Minderförderung von Kohle mit herbeigeführt ist, sich nicht für eine weitere Verkürzung der Schichtdauer von 7 auf 6 Stunden für die bergbaulichen Betriebe entscheiden. Unter voller Würdigung der im Bergbau vorhandenen, ganz besonders schwierigen Arbeitsverhältnisse kann doch nicht in durchaus einseitiger Weise Deutschland mit einer so einschneidenden Verkürzung der Arbeitszeit vorangehen.

Die durch weitere Schichtverkürzungen eintretenden Folgen für die gesamte Bevölkerung Deutschlands wären so schwerwiegender Natur, daß sie den tatsächlichen Zusammenbruch bedeuten würden. Der Ausfall an Kohlenförderung würde nach sehr vorsichtiger Schätzung über 22 Millionen Tonnen im Jahre betragen; dieser Ausfall könnte auch nicht durch Vermehrung der Leistungsziffern in absehbarer Zeit ausgeglichen werden, da hierzu alle Voraussetzungen (vermehrte Wohnungen, verbesserte technische Einrichtungen der Betriebe) fehlen. Eine solche Frage ist nach Meinung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft nur auf dem Wege internationaler Verständigung der Lösung entgegenzuführen.

Nach alledem können wir zurzeit keiner Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau das Wort reden, sondern sind sogar verpflichtet, der Befestigung Ausdruck zu verleihen, daß, wenn nicht durch eine weitere Erhöhung der Kohlenförderung Möglichkeiten zu unvollständigen Arbeiten der Industrie und Verschaffung der erforderlichen Hausbrandkohle gegeben werden, die geradezu unerträglichen und aufzwingenden Preisbedingungen zum Ruin unserer gesamten Wirtschaft führen werden.

## Die Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Nach der nunmehr über vierzehntägigen Verhandlungsdauer ist das Ergebnis der Verhandlungen gleich Null geblieben. In allen wesentlichen Punkten des Tarifvertrages gab der Arbeitgeberverband schriftlich zur Kenntnis, daß sein anfangs eingenommener Standpunkt für ihn unabänderlich sei. Mehrtägige Verhandlungen blieben so ohne Erfolg. Der Arbeitgeberverband ging ferner dazu über, vor allem seine Gehaltsvorschlüsse nur unter der Bedingung zu machen, daß in den Punkten des Personalkreises, der Arbeitszeit, des Urlaubs, der Klassifikation u. a. m. sein unabänderlicher Standpunkt von den Angestellten angenommen würde. Trotzdem trat auch der Zentralverband der Angestellten in die Verhandlungen über die Gehaltsfrage ein, jedoch unter voller Aufrechterhaltung seines grundsätzlichen Standpunktes in der Frage des Personalkreises, der Arbeitszeit, des Urlaubs und der Klassifikation. Angeichts dieser Sachlage ist es völlig klar, daß die Gehaltsberatungen, die in einer Kommission stattfinden, kein Ergebnis im Sinne der berechtigten Forderungen der Angestellten zeitigen können. Der Zentralverband hat daher daneben sofort das Reichsarbeitsministerium um Einsetzung eines Schlichtungsausschusses angetragen, in dem die gesamten streitigen Punkte aus dem Arbeitsverhältnis, die den Inhalt der Tarifvertragsverhandlungen bilden, entschieden werden. Die Tagung dieses Schlichtungsausschusses soll möglichst beschleunigt werden.

## Affordarkeit und Bauarbeiter.

Vom Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, wird uns gefolgt: In der Konferenz des Wohnungsverbandes Groß-Berlin am 28. d. M. und den dort gefassten Beschlüssen, betr. Einführung

der Affordarkeit, mögen nachstehende Zeilen zur Information dienen: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Berliner Baugewerbe sind bis zum 31. März d. J. vertraglich geregelt. Als Vertragskontrahent kommt nicht der Wohnungsverband, sondern der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin einerseits und der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, sowie der Zentralverband christlicher Bauhandwerker Deutschlands andererseits in Frage. Die Konferenz hat unter anderem auch zu den neuen Lohnforderungen der Bauarbeiter Stellung genommen. Bekanntlich hat der unparteiische Schlichtungsausschuss am 15. Januar folgenden Schlichtungspruch gefasst:

Auf die derzeitigen Stundenlöhne ist ein Zuschlag von 10 Proz. für die Zeit vom 10. Januar 1920 ab erstmalig am 24. Januar 1920 zu zahlen.

Im übrigen gelten für die endgültige Regelung der Lohn-erhöhung die Vereinbarungen, die hierüber zwischen den zentralen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes getroffen werden, auch für Groß-Berlin.

Dieser Schlichtungspruch ist in der Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes am 13. d. M. im Hinblick auf das minimale Angebot abgelehnt worden. Forderungsgerecht werden die Löhne für Maurer und Bauhilfsarbeiter ab 10. Januar gezahlt, wogegen den Zimmerern, die dem Schlichtungspruch zugestimmt haben, der Lohn ab 2. Januar gezahlt wird. Laut Konferenzbeschluss soll nun dem Verband der Baugeschäfte empfohlen werden, der Lohn-erhöhung um 10 Proz. eine rückwirkende Kraft vom 2. d. M. ab auch für die Maurer zu geben. Nebenbei bemerkt soll der Tiefbauarbeitern der Lohn ab 2. Januar am Sonnabend, den 31. d. M., nachgezahlt werden.

Weitere Angelegenheiten zu machen lehnt die Konferenz, nach dem Bericht ab. Man sieht zwar die Notwendigkeit der Erhöhung des Einkommens der Bauarbeiter ein, nicht aber etwa durch Aufbesserung der Stundenlöhne, sondern durch zwangsweise Einführung der Affordarkeit im Berliner Baugewerbe. Heißt es doch wörtlich in dem Bericht:

Der Wohnungsverband soll in Zukunft nur noch solche Wohnungsbauten subventionieren, auf denen die Affordarkeit in der verbesserten Form Anwendung findet.

Im anderen Fall soll — obwohl in Groß-Berlin allgemeine Wohnungsmangel zu beklagen ist — die Bauzeitigkeit beschränkt, vielmehr auch gänzlich eingestellt werden. Also friß Vogel oder stirb. Derartige Zwangsmaßnahmen und ähnliche Experimente entsprechen nicht den bisherigen Grundsätzen der Arbeitnehmervertreter in der Studienkommission. Wir werden jedenfalls alles daran setzen, daß die Pläne jener Herren an dem festen Willen, an der Einmütigkeit und Geschlossenheit der Berliner Bauarbeiter zerfallen.

Im übrigen ist nicht der Wohnungsverband von Groß-Berlin kompetent, über derartige Fragen zu entscheiden, sondern gemäß § 5 des Tarifvertrages sind der Verband der Baugeschäfte und die schon erwähnten Arbeitnehmerorganisationen Träger des Tarifvertrages.

## Angestellte des Exporthandels.

Durch den Abschluß des Tarifvertrages für die Export-Import-handelsgeschäfte Groß-Berlins sind die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse für die kaufmännischen Angestellten während der Dauer des Tarifvertrages geregelt. Dagegen werden sich wahrscheinlich Firmen, die nicht zur Arbeitgebervereinigung des Außenhandels gehören, weigern, diese Gehaltsfrage zu zahlen. Wir erlauben daher aus Betriedeswegen solcher Firmen, sich unverzüglich an die Fachgruppe 8 a, Zentralverband der Angestellten, Berlin SW 61, Velle-Alliance-Strasse 7-10, zu wenden, damit die weiteren Maßnahmen sofort eingeleitet werden können.

Zentralverband der Angestellten.

Zentralverband der Angestellten. Am Mittwoch, den 28. d. M., fand in der Aula des Könlischen Gymnasiums, Jankstraße, die erste Delegierten-Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten statt. Die vorangegangenen Delegiertenmahlen hatten bereits erkennen lassen, daß es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen würde. Der Vorsitzende Cohn eröffnete den Geschäftsbericht über das erste Geschäftsquartal der Ortsgruppe (4. Quartal 1919). Er führte im wesentlichen aus, daß der Aufbau der Organisation weitere Fortschritte gemacht habe, und daß insbesondere die Gliederung nach Fachgruppen und Sektionen durchgeführt sei. Es bedürfte der weiteren tätigen Mitarbeit aller Mitglieder, um die Aufgaben des Verbandes zu lösen. Die Verschmelzung habe eine Umstellung des Gesamtbetriebes zur Folge gehabt, die sich naturgemäß nicht ganz ohne Schwierigkeiten durchzuführen ließ; auch der Umzug in die neuen großen Räume der Velleallianzstr. 7-10, der damit verbundene Umbau sowie die Einrichtung, haben eine Reihe von Störungen mit sich gebracht. Die Lohnbewegungen in den einzelnen Fachgruppen waren außerordentlich zahlreich.

Der Kassierer Wehland gab den Kassenbericht. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1919 94 293. Die Kassenverhältnisse sind durchaus gesunde, doch mache sich naturgemäß auch in der Finanzgebarung der Organisation die Entwertung des Geldes bemerkbar. Die Unkosten sind um ein Vielfaches gewachsen. Der Voranschlag für das Jahr 1920 macht die Erhöhung der Beiträge zur unumgänglichen Notwendigkeit. In welcher Form und in welcher Höhe dies erfolgt, müsse noch eingehend geprüft werden.

Als erster Diskussionsredner und Vertreter der Opposition sprach Hirsch. Er richtete Eingangs seiner Ausführungen lebhaft Angriffe gegen das Vorgehen des Hauptverbandes und besonders gegen die Weimarer Beschlüsse. Er kritisierte, daß die Ortsverwaltung sich nicht stärker gegen die Politik des Hauptverbandes gewendet habe. Die Gewerkschaft müsse sich auf revolutionären Boden stellen und die Köpfe revolutionieren. Mahnz führte zum vorgetragenen

Bericht aus, daß man die Schwierigkeiten des Aufbaus nicht unterschätzen dürfe und wünschte, daß alle Kollegen zusammenstehen sollten zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hirsch meinte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands es unmöglich machen, die Lage der Angestellten zu verbessern. Der den Angestellten sage, dies könne durch gewerkschaftliche Taktik geschehen, läge bewußt oder sei ein Unwissender. Die Angestellten wählten, daß nur durch Arbeit Deutschland wieder hoch kommen könnte; sie wollten aber nicht mehr für den kapitalistischen Profit arbeiten. Unter großer Unruhe nahm Mahnz das Wort. Seine Ausführungen wurden vielfach unterbrochen. Er wandte sich insbesondere gegen die Redner der Opposition. Er bezweifelte, daß der Zeitpunkt zur Durchführung des Sozialismus gegeben sei und wolle die politische Betätigung der Gewerkschaften lieber außerhalb der Gewerkschaftsverbände wissen. Am Schluß seiner Ausführungen fand er heftigen Widerspruch. Die Fortsetzung der Versammlung findet am Sonntag, den 15. Februar d. J., in den „Sophienhallen“ statt.

Verband der Maler, Lackierer usw., Halle Berlin. Freitag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Wahl eines Sekretärs. 2. Unsere Stellung zum Abschluß eines neuen Reichstatts. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung, Buchdrucker! Montag, den 2. Februar, nachm. 5 Uhr, findet im Schultheater-Auditorium, Neue Jakobstr. 24/25, eine Versammlung sämtlicher Delegierten und Vertrauensleute der F. P. D. statt. 1. Stellungnahme zu der augenblicklichen Situation; 2. Verschiedenes. Nicht jedes Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch (E. P. D.) kein Zutritt.

## Parteinachrichten.

### Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Am 28. Januar trat der vom Parteivorstand zusammenberufene Reichsbeamtenbeirat der S. P. D. zu seiner ersten Tagung im Sitzungssaal des Parteivorstandes zusammen. Genosse Ritter begrüßte als Vorsitzender der Tagung die aus dem ganzen Reichsgebiet delegierten im Namen des Parteivorstandes und erteilte dem Genossen Thomas zu Punkt 1 der Tagesordnung „Bericht über den Stand der Organisationsarbeit“ das Wort. Redner konnte über erfreulichen Fortgang der Organisations- und Aufklärungsarbeit im ganzen Reiche berichten. Die anfängliche ungeduldige Ansprache, an der sich Genossen aus allen Enden des Reiches beteiligten, brachte wertvolle Ergänzungen und Anregungen für den weiteren Ausbau der Organisationsarbeit. Genosse Ritter konnte im Schlußwort feststellen, daß die Auffassung über Zweck und Ziel der Arbeit unter den Beamten durchwegs einheitlich ist und die Genossen auf die kräftigste Unterstützung vonseiten des Parteivorstandes rechnen dürfen. Die vorgelegten Anträge, die u. a. das Verhältnis zur Arbeitsgemeinschaft der Lehrer, die Herausgabe einer eigenen Zeitung, Verbreitung von Agitationsmaterial usw. betrafen, wurden angenommen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht über die durch die Revolution aufgerollten Beamtenfragen“ hielt Genosse Steinkopf das Referat. Er behandelte den Aufbau des Beamtenrechts und berührte die bisher noch unerledigt gebliebenen Forderungen in bezug auf Öffentlicher der Personalstaten, des Streikrechts, Gleichberechtigung der Beamtinnen, Befoldungs- und Personalreform. Die Ansprache über diese Fragen war wiederum eine sehr ausgedehnte und anregende, und zeigte, ein wie großes Arbeitsfeld noch für unsere Parteigenossen hier zu bearbeiten ist. Als Korreferent behandelte dann Genosse Ruben die Ertragsfragen aus der Praxis. Seine Ausführungen machten einen tiefen Eindruck. Der im „Vorwärts“ bereits veröffentlichte Aufsatz gegen die reaktionären Treibeisen in der Verwaltung, denen die freibetrieblich gestellten Beamten oft schuldlos ausgeliefert sind, gibt dieser Auffassung Ausdruck. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Die Partei- und die Beamtengewerkschaften“ referierte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Grahmann. Er legte nach einer kurzen historischen Würdigung der Entwicklung der Gewerkschaften das Verhältnis zu den Angestellten- und Beamten-Verbänden dar. Insbesondere behandelte er die mit dem Deutschen Beamtenbund angeführten Verhandlungen und die Stellung, welche die General-Kommission dazu eingenommen hat, um dann einen Ausblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten zu werfen. Auch hier zeigte die ausgedehnte Ansprache, in welchem Gärungsprozeß sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiet die Beamtenbewegung befindet und wie es aller Anstrengung bedürftig wird, um die vorhandenen Verbände zu wirklichen Gewerkschaften auszubauen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Helmut Müller, Charlottenburg; für Anzeigen Teil: Giese, Berlin. Berlin: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin. Umdruck 2. Blatt 1. Blatt.

Die Volksabstimmungen im Grenzland sind  
Prüfung für politische Reise.  
Als Deine

**Grenz-Spende**  
für die Volksabstimmungen  
auf Popstschönau Berlin 75770  
oder auf Deine Bank  
Deutscher Jahrbuch, Berlin NW 52



# Weinbrand Cognac

## Marke

# "Goldstück"

Jacob Stück Nachfolger Hanau a/m  
Cognacbrennereien

General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a. Telefon: Kurfürst 743.